

Kürzung des Einstellungskorridors: Presse unterstützt GPR-Kritik

Am 21. Juni 2007 hatte der Gesamtpersonalrat mit einer Presseerklärung die vom Berliner Senat beschlossene drastische Reduzierung des Einstellungskorridors für die Berliner Finanzämter kritisiert. Danach sollen von 2007 bis 2009 jährlich nur noch jeweils 100 Anwärterinnen und Anwärter nach erfolgreicher Laufbahnprüfung als Beamte auf Probe eingestellt werden (GPR-INFO vom 22. Juni 2007).

Entgegen dem Trend in den Medien, die Arbeits- und Personalsituation im öffentlichen Dienst bewusst verzerrt darzustellen, war das Presseecho auf die jüngste GPR-Presseerklärung zustimmend. Die Tageszeitungen 'Berliner Morgenpost', 'DIE WELT', 'Neues Deutschland', 'Berliner Zeitung' und 'DER TAGESSPIEGEL' und der 'Berliner Rundfunk' berichteten darüber. Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nahm die GPR-Meldung zum Anlass eine eigene Presseerklärung herauszugeben (Anhang PresseEcho).

Trotz der Kritik hielt der Senat im Rahmen der Beratungen über den Doppelhaushalt 2008/2009 am 3. Juli 2007 an seiner Entscheidung zum Einstellungskorridor fest.

Mit einem Einstellungskorridor in bisheriger Höhe (130 Einstellungen für 2007) wäre im Hinblick auf die im September 2007 beginnenden EOSS-Schulungen durch die Übernahme weiterer Anwärterinnen und Anwärter eine Entlastung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren möglich. Darüber hinaus hätten für die Besetzung der ca. 60 freien Bp-Stellen die Weichen gestellt werden können, ohne den Festsetzungsbereich zu schwächen. Auch die GPR-Forderung, weitere 15 Beamtinnen und Beamte zum prüfungspflichtigen Aufstieg in den gehobenen Dienst zuzulassen, könnte erfüllt werden, ohne dass in den Finanzämtern dadurch weitere personelle Engpässe entstehen.

Nach der Kürzung des Einstellungskorridors wird sich die ohnehin angespannte Arbeitssituation weiter verschärfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen unterliegt einem Trugschluss, wenn sie annimmt, gerade im mittleren Dienst reiche es aus, nur relativ wenige der Steueranwärterinnen und Steueranwärter zu übernehmen. Die tatsächliche Arbeitssituation in den Finanzämtern zeigt dagegen nach Meinung des Gesamtpersonalrats deutlich, dass auch der mittlere Dienst noch dringend benötigt wird.

Der Gesamtpersonalrat fordert die Senatsverwaltung für Finanzen nachdrücklich auf, alle Anwärterinnen und Anwärter, die zum 1. September 2007 bzw. 1. Oktober 2007 ihre Laufbahnprüfung mindestens mit der Note „befriedigend“ abschließen und nicht als Beamtin/Beamter z. A. eingestellt werden können, als Aushilfsangestellte für 12 Monate einzustellen.

Anhang PresseEcho